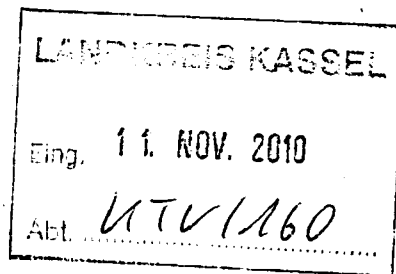


SPD**Kreistagsfraktion Landkreis Kassel**

An den
 Kreistagsvorsitzenden
 Herrn Gerald Herber
 Kreishaus
 Wilhelmshöher Allee 19-21
 34117 Kassel



Kassel, 11. November 2010

Sehr geehrter Herr Herber,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 10. Dezember 2010:

„Keine weitere Belastung der Landkreise sowie kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der damit verbundenen Einführung einer sog. „Kompensationsumlage““

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Kassel lehnt die neuerliche Belastung der Landkreise sowie der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch eine von der Hess. Landesregierung beabsichtigten Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und Einführung einer sog. Kompensationsumlage nachdrücklich ab und fordert die Hess. Landesregierung auf, von entsprechenden Plänen Abstand zu nehmen.

Begründung:

Der Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes sieht u. a. vor, dass die bisherige Vorabzuweisung eines Drittels des Grunderwerbsteueraufkommens (2011 160 Mio. Euro) an Landkreise und kreisfreie Städte entfallen soll und somit beim Land verbleibt. Mit diesen bei den Landkreisen und kreisfreien Städten eintretenden Verlusten sollen nach Vorstellung der Hess. Landesregierung durch Gesetz die Städte und Gemeinden anteilig belastet werden. Dazu ist vorgesehen, eine sog. Kompensationsumlage einzuführen.

Dazu werden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit dem Anteil an der Schlüsselmasse von 45,7 % beteiligt, welches einem Umlagesoll von ca. 73 Mio. Euro entspricht. Dieses so erzielte Umlageaufkommen wird nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs der Landesregierung zu rund 61,7 % zugunsten der Schlüsselmasse der kreisfreien Städte und nur zu rund 38,3 % zugunsten der Landkreise verwendet. Die Differenz von 83 Mio. Euro haben die Kreise und kreisfreien Städte zu tragen.

Die Bezeichnung Kompensationsumlage ist außerdem irreführend. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden haben nichts zu „kompensieren“. Die Umlage wird zum Ausgleich für die vom Land verursachten Einnahmeverluste bei Landkreisen und kreisfreien Städten erhoben. Warum die kreisangehörigen Kommunen „Kompensation“ für vom Land verur-

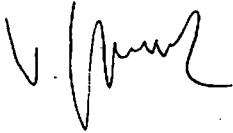
The logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany) is displayed in white text on a black square background.

Kreistagsfraktion Landkreis Kassel

sachte Einnahmeverluste leisten sollen, bleibt schlechthin unerfindlich und in der Sache nicht tragbar.

Dies ist ein weiteres Beispiel der kommunalfeindlichen Politik der Hess. Landesregierung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'U. Gottschalck', is written over the typed name.

Ulrike Gottschalck
Fraktionsvorsitzende